



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/70 - 23. März 1956
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 089 890

Zur Europadebatte des Bundestages	S. 1
Prestigegewinn für Fagerholm	S. 3
WRW-Vorschlag zur Moselkanalisierung	S. 3
"Die Anklage" auf der Anklagebank	S. 6

Europa braucht Taten

Von Dr. Karl Kommer, M.d.B.

Diese Europadebatte des Bundestages, die sich über 1 1/2 Sitzungen hinzog, war ein erstes Experiment. Es gab Misstöne, schwere Misstöne, vor allem, als Herr Euler sich der SPD-Fraktion gegenüber provozierend benahm und es für richtig hielt, in diesem Rahmen die schmutzige Wäsche des FDP-Streites zu waschen. Die Journalisten meinten, Euler, ein schon halbtoter Politiker, habe sich damit endgültig das Genick gebrochen.

Im ganzen ist das Experiment gelungen. Es ging darum, aus den vielen und pathetischen Reden über Europa möglichst heraus und zu konkreten Beschlüssen zu kommen. Als erstes Parlament nahm der Bundestag etwa zwei Dutzend Anträge und Gesetzentwürfe an, durch die Empfehlungen der Beratenden Versammlung des Europarates in der Bundesrepublik durchgeführt werden. Darunter befinden sich grössere und kleinere Projekte. Eine Sozialkonvention wurde ratifiziert. Die politische Entschliessung der Versammlung zum Ost-West-Verhältnis, die, wie Carlo Schmid ausführte, viel sozialdemokratisches Gedankengut enthält, wurde ebenso gebilligt wie eine Entschliessung zur Schaffung des gemeinsamen Marktes und einer europäischen Atomkommission. Das Passgesetz wurde geändert und damit ein alter sozialdemokratischer Vorstoss zum Ziele gebracht, nach der Abschaffung der Visa jetzt auch den Passzwang abzuschaffen. Ebenfalls einem sozialdemokratischen Antrag entsprechend wurde das Zollgesetz geändert. Dadurch werden in Zukunft zunächst die Ausländer mit ihren Kraftwagen in die Bundesrepublik ohne teures

Zoll-Carnet und ohne viele Formalitäten einreisen können.

Es wurden Anträge auf Schaffung einer europäischen Postunion angenommen. Bei geeigneten Gelegenheiten soll die Europafahne neben der Bundesfahne gehisst werden, wie es anlässlich dieser Debatte erstmalig vor dem Bundeshause vorexerziert wurde. Ein sozialdemokratischer Antrag gegen das Verbot der Einfuhr auch nur eines halben Pfundes Kaffee wurde in einer Kampf Abstimmung gegen den Willen Finanzminister Schäffers angenommen. Es wurden durch die Annahme dieser Anträge eine Reihe von Steinen aus den Grenzmauern herausgebrochen.

Die Fraktionen des Hauses hatten gleichzeitig die Entschliessung des Monnet-Ausschusses für die Vereinigten Staaten von Europa vorgelegt, die im Januar mit Zustimmung Erich Ollenhauers zur Schaffung einer europäischen Atom-Behörde angenommen worden war. Die Sozialdemokratie hatte ihre Zustimmung zu einer solchen Behörde davon abhängig gemacht, dass das politisch explosive spaltbare Material im Vertragsgebiet Alleineigentum der europäischen Behörde sein müsse. Ausserdem dürfe es nur zu friedlichen Zwecken verwendet werden, um gleichzeitig die Kräfte auf diese potentiell so gewaltige industrielle Entwicklung zu konzentrieren und einen Beitrag zur Entspannung in Europa zu leisten. In der CDU und FDP beider Lager gibt es Bestrebungen, ein nationalkapitalistisches und in Hintergedanken vielleicht auch einmal militärisches Geschäft mit der Atomenergie zu machen. Umso beachtlicher ist der Erfolg, dass die vorgelegte Entschliessung ohne Ausschussüberweisung mit grosser Mehrheit angenommen wurde.

Eine weitere zukunftsreiche Entwicklung hat die SPD durch ihre Anträge auf Hilfe für wirtschaftlich unterentwickelte Gebiete eingeleitet. Hier liegen grosse kulturelle, politische und wirtschaftliche Aufgaben, die im Interesse der Freiheit, aus menschlicher Solidarität mit den gewaltigen Elendsgeländen in der Welt, gleichzeitig aber auch im Interesse einer stetigen Ausweitung der Weltwirtschaft erfüllt werden müssen. Die SPD schlägt vor, noch in diesem Haushaltsjahr eine erste Rate von 50 Millionen DM für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen und eine Körperschaft ausserhalb der Ministerien zu bilden, welche die sinnvolle Verteilung der Mittel übernimmt. Auch hierbei spielt der methodische Gedanke eine Rolle, den sozialdemokratische Europapolitiker entwickelt haben, dass man mit notwendigen, vernünftigen Massnahmen europäischer und internationaler Solidarität auch einseitig vorangehen müsse. Die Erfahrung hat bewiesen, dass es so am schnellsten gelingt, zu gemeinsamen Massnahmen vorzudringen. Die Bundesregierung ist für die stärkere Förderung wirtschaftlich unterentwickelter Länder. Bei der Ausschussberatung wird sich zeigen, ob sie auch das kleine vorgeschlagene Opfer anzunehmen bereit ist.

Wo konkrete Leistungen für den Zusammenschluss Europas und die Solidarität der Völker vollbracht werden sollen, da ist die Sozialdemokratie nicht nur dabei, sondern wichtigster Initiator. Das hat diese europäische Tagesordnung des Bundestages wieder einmal bewiesen.

Streikerfolge der finnischen Gewerkschaften

R.H., Stockholm

Dank dem energischen Einschreiten des finnischen Ministerpräsidenten Pagerholm konnte der Generalstreik in Finnland nach neunzehn Tagen Dauer mit einem beachtenswerten Erfolg der Gewerkschaften beendet werden, obwohl die Wirtschaftslage den Gewerkschaften ausgesprochen ungünstig gewesen war. Je länger der Streik dauerte, umso intensiver hatten die Kommunisten versucht, das Gesetz des Handelns an sich zu reißen.

Wie weit die Gegensätze schon gediehen waren, lässt der Umstand erkennen, dass die Typographen-Gewerkschaft die zentrale Vereinbarung der Spitzenorganisation nicht anerkennen will - Finnland ist demnach weiterhin ohne Zeitungen - und dass sie mehr als 3000 Arbeiter der Papierfabriken in Valkeakoski den Streik noch immer fortsetzen. Als bekannt wurde, dass einige Lokomotivführer wegen der Teilnahme an Unruhen in Polizeiverhöre genommen wurden, stellten die finnischen Lokomotivführer den gesamten Eisenbahnverkehr ein und die Seeleute-Gewerkschaft verweigerte den vierzig Schiffen im Hafen von Helsinki die Eisbrecherhilfe.

Pagerholm hatte während des Streikes als sozialdemokratischer Regierungs-Chef eine wenig beneidenswerte Zwischenstellung zwischen den von seinen Parteifreunden geführten Gewerkschaftsbünde und seinen agrarischen und bürgerlichen Koalitionspartnern, die sich bis zum letzten Augenblick einer arbeiterfreundlichen Lösung widersetzten. Sein letzter Vermittlungsvorschlag erfolgte in nahezu ultimativer Form. Er ist ein Kompromiss, bei dem die Gewerkschaften nicht nur die als Kompensation für die Lebensmittel-Preiserhöhungen begehrte Erhöhung der Stundenlöhne um 12 Finnmark, sondern auch darüber hinaus eine durchschnittlich dreiprozentige Lohnerhöhung auf Grund der Produktivitätssteigerung erreichten. Bei einzelnen Arbeitergruppen soll diese Erhöhung jedoch 6 - 9 Prozent betragen. Hierbei handelt es sich um ein Rahmenabkommen für alle Kollektivverträge, welche in Finnland heuer abgelaufen sind oder noch ablaufen werden.

Die Unternehmer hatten über die 12 Finnmark hinaus jede Erhöhung

abgelehnt. Die Gewerkschaften mussten zwei Forderungen fallen lassen: sie hatten ursprünglich getrennte Verhandlungen für Lohnerhöhungen auf Grund der Produktivitätssteigerungen verlangt und sie hatten erklärt, dass der Staat die Unternehmer für die Lohnerhöhungen nicht aus Staatsmitteln entschädigen dürfe. Die Unternehmer werden aber vertragsgemäss die Lohnerhöhungen, welche pro Jahr etwa 17 - 18 Milliarden Finnmark betragen dürften, nicht allein zu tragen haben, sondern vom Staate eine Kompensation von etwa 4 - 5 Milliarden Finnmark erhalten, und zwar in Form einer Senkung der Einkommensteuer für Unternehmungen von 38 auf 32 Prozent und der Vermögenssteuer von 1 Prozent auf 0,8 Prozent, ferner durch Ermässigung des Unternehmeranteils an dem allgemeinen Kinderbeitrage von 4 auf 3 Prozent, durch höhere Abschreibungsmöglichkeiten u.a. Eine gleichzeitig in Aussicht gestellte Krediterleichterung dürfte allerdings kaum eintreten, denn der Präsident der finnischen Reichsbank erklärte unmittelbar nach Bekanntwerden der Vermittlungsbedingungen, dass gerade jetzt wegen der grossen Produktionsausfälle und der Lohnerhöhungen die strenge Kreditpolitik zum Schutze der Währung fortgesetzt werden müsse.

Die Produktionsverluste infolge des Generalstreiks werden auf mehr als 40 Milliarden Finnmark, der Lohnausfall während des Streikes auf 10 Milliarden Finnmark geschätzt. Wäre es Fagerholm nicht gelungen, jetzt eine Lösung herbeizuführen, so wären die täglichen Wirtschaftsverluste wegen der technischen Schwierigkeiten bei einer verspäteten Betriebsaufnahme stark gestiegen und ernste Versorgungsschwierigkeiten wären unvermeidlich gewesen. Fagerholms Verdienst wird allgemein anerkannt. Dieser Prestigegewinn wird ihm bei der künftigen Regierungsarbeit sehr zustatten kommen. Seine Regierung ist vor keine leichte Aufgabe gestellt. Eine Überwachung der Preisentwicklung wird notwendig sein und die Regierung wird daher wohl eine wenigstens teilweise Wiedereinführung des wirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes, soweit es sich auf die Preisgestaltung bezieht, anstreben.

Steinhoff wünscht französische Wirtschaftskonzessionen

G.M., Düsseldorf

Ministerpräsident Steinhoff hat in einer Düsseldorfer Pressekonferenz das Moselkanalprojekt auch für die neue Landesregierung von Nordrhein-Westfalen abgelehnt. Er tat das vor allem wegen der bisher unzureichenden französischen Kompensationsbereitschaft für die durch das Projekt der Ruhr drohenden wirtschaftlichen Nachteile, und diese wieder liegen in der Gefahr eines Angebotes billiger lothringischer Stähle auf dem deutschen Markt. In diesem Sinne hat Steinhoff während der Bundesratsitzung in Berlin Staatssekretär Hallstein ersucht, für wirtschaftliche Gegenleistungen der französischen Unterhändler vorstellig zu werden. Nordrhein-Westfalen beabsichtigte natürlich nicht, wie Steinhoff lächelnd andeutete, den Bundesrat zu verlassen, wenn seine Auffassung nicht durchdringt, glaubt aber, dass der einseitige Schaden der Ruhrwirtschaft durch die Lieferung französischer Minette an die Ruhr oder auf ähnlichem Wege ausgeglichen oder gemildert werden kann. Tatsächlich sind auch von französischer Seite bei einem geschätzten Frachtaufkommen von jährlich etwa 10 Mio to etwa zwei bis drei Mio to Minette einkalkuliert. Bisher scheinen aber keine klaren Vorstellungen darüber zu herrschen, ob diese Lieferungen auch tatsächlich zustande kommen.

Die Landesregierung fürchtet, dass beim gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über den Moselkanal eine indirekte Subventionierung der lothringischen Stahlindustrie, die in fünf politisch mächtigen Gesellschaften zusammengefasst ist, stattfinden würde und damit andere ähnliche Forderungen etwa des Saargebietes nach sich ziehen müsste. Damit würde aber das Prinzip der Montan-Union auf Deckung der tatsächlichen Kosten durch den Preis durchlöchert werden. Daraus könnte sich, wie Steinhoff meint, eine allgemeine Verteuerung in den sechs Montanstaaten entwickeln. Um das zu verhindern, sollten bei den gegenwärtigen Verhandlungen um die Moselkanalisierung geeignete französische Konzessionen angestrebt werden.

Schliesslich beanstandete Steinhoff, dass der Bericht der deutsch-französischen Sachverständigenkommission über das Moselprojekt noch immer nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist und dass man ebensowenig über die Besprechungen und Beschlüsse des Bundeskanzlers und seiner Sachverständigen über die Moselfrage vom 5. März weiss. Angesichts zahlreicher Beispiele aus den vergangenen Jahren befürchtet die Landesregierung, dass Bonn nicht sämtliche Verhandlungsmöglichkeiten ausschöpft und wieder einmal grössere Konzessionen einräumt, als unbedingt erforderlich ist.

"Anklage" anstelle von "Stürmer" und "Angriff"

3-r Am Donnerstag, dem 22. März, sollte in München der Prozess gegen den Verleger Ludwig Strieder und den verantwortlichen Redakteur Robert Kremer von der Zeitung "Die Anklage" beginnen. Strieder erschien nicht vor Gericht, sondern suchte sich mit einem ärztlichen Attest aus der Affäre zu ziehen. Das Gericht erliess daraufhin gegen ihn Haftbefehl. Die Verhandlung wurde, da gegen die beiden Angeklagten gemeinsam verhandelt werden soll, auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die Vorgeschichte dieses Prozesses ist denkbar unerfreulich, wenn es auch sicher verkehrt wäre, sie, verallgemeinernd, typisch zu nennen.

Die schon seit vier Jahren in Bad Wörishofen erscheinende "Anklage" ist das Organ der sogenannten "Entrechteten Nachkriegsgeschädigten", also der Entnazifizierten und ehemaligen Internierten, die sich in den Jahren 1953 und 1954 zu "unpolitischen Interessenverbänden" zusammenschlossen. Wie "unpolitisch" diese Zweckverbände sind, die anfänglich auch in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen über eigene Zeitungen verfügten, erwies sehr bald "Die Anklage", deren Inhalt und Niveau sich kaum vom "Angriff" der Jahre 1931/32 oder vom "Stürmer" unseligen Angedenkens unterschieden.

Den ersten öffentlichen Protest gegen "Die Anklage" erhob vor Jahresfrist die "Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland". Er richtete sich gegen eine Veröffentlichung, in der behauptet wurde: "Niemals haben Deutsche 6 Millionen Juden getötet, vergast oder erschossen". Ihre dreiste Verfälschung dokumentarisch erhärteter Tatsachen krönte "Die Anklage" mit der Behauptung, die Zahl der umgekommenen Juden könne im Höchstfalle 235 000 betragen haben. Diese willkürliche Zahl, die an sich die Schuld an den nationalsozialistischen Verbrechen nicht mindern würde, selbst wenn sie den Tatsachen entspräche, bezog "Die Anklage" aus der in Buenos Aires erscheinenden faschistischen Monatsschrift "Der Weg". Einer der Hauptautoren dieser Zeitschrift ist der berühmte Hitler-Publizist van Leers, der im Dritten Reiche als Verfasser des Buches "Juden sehen dich an" bekannt wurde.

Der Protest vom Februar 1955 blieb zunächst ohne Erfolg. Die

zuständigen für den Schutz der Verfassung und des Grundgesetzes verantwortlichen Behörden gewährten der "Anklage" ein weiteres Jahr Schonzeit. In dieser Zeit machten die Genannten unter Berufung auf das Recht der freien Meinungsäußerung fortgesetzt demokratische Institutionen verächtlich und beleidigten weiterhin führende Persönlichkeiten unseres Staates aufs schwerste. Führende Politiker demokratischer Parteien, die durch Hitlers Verfolgung ins Exil getrieben worden waren, stellte "Die Anklage" ihren Lesern als "schwankende Gestalten remigrierter SPD-Funktionäre" vor. "Dieses Gesindel", so schrieb "Die Anklage" unter anderem, "zum Teil versehentlich Mensch gewordene Kreaturen, von den Siegern bewusst in Führungsstellen, mit allen Beutefreigaberechten ausgestattet, führten den Reigen an..." Hervorragende Persönlichkeiten, die sich nach 1945 dem Wiederaufbau zur Verfügung gestellt hatten, bezeichnete "Die Anklage" als "Auswurf der Menschheit".

In diesem Stil bewegt sich die ganze publizistische Tätigkeit dieses Organs, eines angeblich unpolitischen Zweckverbandes. Dies genügte dann schliesslich doch den bayrischen Justizbehörden, aufgrund von Strafanträgen des Bundeskanzlers, des Bundesfinanzministers und des bayrischen Ministerpräsidenten einzuschreiten. Der Eröffnungsbeschluss der 4. Strafkammer des Landgerichtes München I bezichtigte den Verleger Ludwig Strieder und den verantwortlichen Redakteur Robert Kramer, Bestrebungen gegen den Bestand der Bundesrepublik und die Verfassung zu fördern und Mitglieder der Bundesregierung beleidigt zu haben. Strieder wirft die Anklageschrift ausserdem ein Vergehen der versuchten Nötigung vor.

Der Eröffnungsbeschluss trägt das Datum vom 9. Januar. Dessen ungeachtet forderte "Die Anklage" noch eine Woche später, am 15. Januar, unter der Schlagzeile "Widerstandskämpfer sind Rechtsbrecher" u.a. die Rückgängigmachung aller Entschädigungszahlungen und Rückforderung der an die Opfer und Hinterbliebenen des Nationalsozialistischen Terrors bezahlten Summen, sowie das Verbot aller Vereinigungen der Widerstandskämpfer.

Die Ungeheuerlichkeit dieser Forderung als Facit einer seitenlangen bössartigen Verunglimpfung der Verfolgten des Naziregimes setzt den Bemühungen der "Anklage" um die Wiederbelebung des Nationalsozialismus die Krone auf. Kein zweites Mal darf die Demokratie ihren Gegnern zur Macht verhelfen, indem sie ihnen einen fortgesetzten Missbrauch der demokratischen Freiheiten zugesteht.